

# AUFNAHMEBOGEN FÜR MANDANTEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur vollständigen Aufnahme Ihrer Daten in unser Computerprogramm und zur korrekten Aktenanlage benötigen wir nachfolgende Angaben von Ihnen. Selbstverständlich unterliegen sämtliche von Ihnen angegebenen Daten dem Datenschutz und werden von uns nur für kanzleiinterne Zwecke verwendet. Eine Herausgabe an Dritte erfolgt nicht.

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_ geb. am: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Tel: \_\_\_\_\_ Mobil \_\_\_\_\_ Fax: \_\_\_\_\_ E-Mail\* \_\_\_\_\_

\*Mit der Angabe der E-Mail-Adresse bin ich damit einverstanden, zukünftig auch per Email einen Postaustausch durchzuführen. Die Angabe der E-Mail-Adresse erfolgt freiwillig.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die RAe Lenßen & Partner mir Unterlagen (z.B. Schreiben der RAe Lenßen & Partner, Schreiben der Gegenseite, Schriftsätze, Verfügungen, Protokolle und Urteile von Gerichten, Gutachten, Aktenauszüge aus Ermittlungsakten usw.) in Zusammenhang mit von mir erteilten Mandanten auch per E-Mail zur Kenntnisnahme übersenden können. Eine Verpflichtung hierzu besteht nicht.

Ich versichere, dass ich den Posteingang meiner E-Mail-Adresse täglich überprüfe. Alle an mich durch die RAe Lenßen & Partner versendeten Schreiben und Unterlagen gelten als zugegangen, wenn sie in meinem persönlichen Postfach zum Download bereit stehen. Spätestens jedoch einen Tag nach Absendung der E-Mail.

Mir ist bekannt und ich bin damit einverstanden, dass diese E-Mails standardmäßig nur per SSL verschlüsselt und ohne besondere Sicherungsmaßnahmen an mich versandt werden. Mir ist bekannt, dass diese Kommunikation unter Umständen nicht sicher ist und eventuell durch Dritte eingesehen und manipuliert werden kann. Dieses Risiko gehe ich bewusst ein, da für mich die Übersendung per E-Mail einen Zugewinn an Komfort bedeutet.

Ich kann mein Einverständnis zur unverschlüsselten Übersendung von Unterlagen per E-Mail jederzeit schriftlich oder per E-Mail widerrufen.

Bankverbindung:

Kreditinstitut: \_\_\_\_\_ IBAN: \_\_\_\_\_ BIC.: \_\_\_\_\_

Vorsteuerabzugsberechtigung  Ja  Nein

Rechtsschutzversicherung\*\*:

Vers.-Gesellschaft \_\_\_\_\_ Vers-Nr. \_\_\_\_\_

\*\*Sollten Sie über eine Rechtsschutzversicherung verfügen, steht es Ihnen frei, unsere Rechnung direkt bei dieser einzureichen. Wir übernehmen dies auch gerne für Sie. Allerdings sind wir nach den Vorschriften des RVGs (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz) sowie der BRAO (Bundesrechtsanwaltsordnung) gehalten, **diese Tätigkeit gesondert abzurechnen**, mit der Folge, dass zusätzliche Kosten entstehen, die von Ihrer Rechtsschutzversicherung nicht erstattet werden.

## Belehrung Gegenstandswert vor Übernahme des Auftrags

Ich bin vor Übernahme des Auftrags von dem Rechtsanwalt darauf hingewiesen worden, dass sich die Gebühren gem. § 49 Abs. 5 BRAO nach einem Gegenstandswert richten und gesetzliche Gebühren nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz entstehen.

Ich bin ferner vor Übernahme des Auftrages darauf hingewiesen worden, dass zu Beginn des Auftragsverhältnisses der Gegenstandswert nur geschätzt werden kann. Eine zutreffende Bestimmung des Gegenstandswerts kann erst nach Abschluss der Angelegenheit bei Fälligkeit der Gebühren erfolgen.

## Belehrung über die Möglichkeit der Gewährung von Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe

Ich bin von dem Rechtsanwalt über die Voraussetzungen und Folgen der Bewilligung von Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe im gerichtlichen Verfahren belehrt worden. Ich wurde über folgendes belehrt,

- dass in vor- und außergerichtlichen Angelegenheiten Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe nicht möglich ist und

- dass die Gewährung von Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe mit der Durchführung eines entsprechenden Prüfungsverfahrens verbunden ist, in dessen Verlauf bereits Gebühren zu meinen Lasten entstehen können.
- dass die bewilligte Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe mich im Unterliegensfalle nicht vom Kostenerstattungsanspruch der Gegenseite befreit.
- dass die Bewilligung von Prozess- bzw. Verfahrenskostenhilfe zudem nur eine vorläufige, nicht notwendig auch endgültige Befreiung von entstehenden Kosten und Gebühren nach sich zieht
- dass das Gericht auch nur teilweise Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe bewilligen kann, dass die insoweit nicht von der Staatskasse übernommenen Gebührenanteile von mir selbst zu tragen sind
- dass sich die Bewilligung von Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe nicht auf die Einlegung etwa erforderlich werdender Verfahrenskostenhilferechtsmittel bezieht, sondern dass die insoweit entstehenden Gebühren von mir selbst entrichtet werden müssen.
- dass die Bewilligung von Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe widerrufen werden kann, wenn sich die Unrichtigkeit der von mir gemachten Angaben zu meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen herausstellt,
- dass das Gericht bis zum Ablauf von 48 Monaten nach der Bewilligung (4 Jahre) in persönlicher und wirtschaftlicher Hinsicht überprüfen und dabei auch die Nachzahlungen der Kosten anordnen kann,
- dass jede wesentliche Veränderung der finanziellen Verhältnisse dem Gericht über den Anwalt mitgeteilt werden muss, ebenso jede Adressänderung,
- dass jeder Verstoß gegen diese Mitteilungspflichten zur Entziehung der Prozesskostenhilfe führen kann.

#### Belehrung über die Möglichkeit der Gewährung von Beratungshilfe

Ich bin von dem Rechtsanwalt über die Voraussetzungen und Folgen der Bewilligung von Beratungshilfe im vor- und außergerichtlichen Verfahren belehrt worden.

#### WICHTIG im Arbeitsgerichtsprozess: Belehrung gem. § 12a ArbGG

Im Urteilsverfahren des ersten Rechtzuges (Arbeitsgericht) besteht kein Anspruch der obsiegenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines Prozessbevollmächtigten oder Beistandes. Dies gilt generell auch für den Fall einer vorgerichtlichen Vertretung. Der vorgenannte Hinweis nach § 12a ArbGG wurde durch den Rechtsanwalt erteilt und erläutert.

#### Belehrung über Rechtsschutzversicherung

Ich bin von dem Rechtsanwalt darüber belehrt worden, dass erst nach Erteilung der sog. Kostendeckungszusage durch die Rechtsschutzversicherung feststeht, ob – und in welcher Höhe – eine Rechtsschutzversicherung Zahlung leisten wird. Ich bin ferner darüber belehrt worden, dass die Rechtsschutzversicherung an meiner Stelle die Vergütung zahlt. Ich bin darüber belehrt worden, dass für den Fall, dass die Rechtsschutzversicherung die Vergütung nicht zahlt, der Vergütungsanspruch von mir zu begleichen ist. Ich bin ferner darüber belehrt worden, dass die Auseinandersetzung mit der Rechtsschutzversicherung eine besondere gebührenrechtliche Angelegenheit darstellt. Mir ist bekannt, dass diese Vergütung nur in seltenen Ausnahmefällen von der Rechtsschutzversicherung zu zahlen ist, sodass ich der alleinige Vergütungsschuldner bin.

#### Belehrung bei Vertragsgestaltung

Ich bin von dem Rechtsanwalt darüber belehrt worden, dass für bestimmte Verträge / Willenserklärungen (wie z.B. Grundstückskaufvertrag, Ehevertrag, GmbH Gesellschaftsvertrag, Erbvertrag, Erbverzicht) die Formvorschrift der notariellen Beurkundung zu wahren ist. Der Rechtsanwalt hat mich ferner darauf hingewiesen, dass für eine notarielle Beurkundung Notarkosten entstehen, die somit zusätzlich sind und nicht auf die Anwaltsvergütung angerechnet werden.

#### Belehrung bei Auseinanderfallen von Kanzleisitz und Gerichtsort

Ich bin von dem Rechtsanwalt darüber belehrt worden, dass für den Fall, dass der Gerichtsort und der Kanzleisitz sich an verschiedenen Orten befinden, auf alle Fälle Mehrkosten entstehen, die in der Regel nicht von der Gegenseite getragen werden müssen. Es handelt sich entweder um:

- Reisekosten nebst Abwesenheitsgeldern der Rechtsanwälte,
- oder um die Vergütung für die Hinzuziehung eines weiteren Rechtsanwalts (Verkehrsanwalt oder Unterbevollmächtigter).

Ich bin gleichzeitig darüber belehrt worden, dass in der Regel die Rechtsschutzversicherung nur die Kosten für die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts erstattet.

#### Belehrung über das Kostenrisiko bei Forderungseinzug

Ich bin von dem Rechtsanwalt darüber belehrt worden, dass für den Einzug einer Forderung eine Vergütung entsteht. Bei niedrigen Forderungen ist der Vergütungsanspruch des Rechtsanwalts oft höher

als der Anspruch selbst. Eine Beitreibungsgarantie im Rahmen der Zwangsvollstreckung kann nicht übernommen werden. Ist der Schuldner insolvent – oder wird er es im Laufe des Verfahrens – ist nicht mit einer Realisierbarkeit der Forderung sowie der Anwaltsvergütung zu rechnen. Sowohl die Zwangsvollstreckung wegen der Hauptforderung, als auch die Zwangsvollstreckung wegen des Kostenerstattungsanspruchs kann erfolglos sein mit der Folge, dass der Auftraggeber nicht nur die titulierte Forderung nicht erhält, sondern ihm gegebenenfalls zusätzlich noch Anwalts- und Gerichtskosten entstehen.

Hinweis gem. § 33 BDSG: Die von Ihnen gemachten Angabe werden von uns elektronisch erfasst und gespeichert. Dies dient dazu, Ihre Angelegenheit möglichst umfassend und für Sie erfolgreich bearbeiten zu können. Sollten Sie eine weitere Speicherung Ihrer Daten nicht wünschen, so teilen Sie uns das bitte mit, wir werden die bei uns vorhandenen Datensätze dann entsprechend den gesetzlichen Vorschriften löschen. Sie erklären sich mit Ihrer Unterschrift unter diesem Mandantenaufnahmebogen ausdrücklich mit der Speicherung der von Ihnen angegebenen persönlichen Daten einverstanden.

Auf die Aushändigung einer Kopie dieser Erklärung nebst Belehrung wird verzichtet.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Angaben und Kenntnisnahme des Hinweises gem. § 33 BDSG:

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Auftraggeber